

Übersicht

über die vom Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 17. Sitzung am 20.02.2013 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1.	Niederschrift über die 16. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 10.12.2012	anerkannt	
2.	Umsetzung der Rettungsdienstbedarfsplanung für den Rhein-Sieg-Kreis hier: Sachstandsbericht	Kenntnisnahme	
3.	Haushaltsplanentwurf 2013 / 2014		
3.1.	Produkte Amt 32 "Ordnungs- und Polizeiverwaltung"		
3.2.	Produkte Amt 39 "Veterinär- und Lebensmittelüberwachung"		
3.3.	Produkte Amt 66 "Technischer Umweltschutz"		
3.3.1.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.01.2013: Haushalt 2013/14; hier: Produkt Klimaschutz	Verweis zur weiteren Beratung im FA	einvernehmlich
3.3.2.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.02.2013: Vollständige Energieautarkie des Kreises bis 2050	Verweis zur weiteren Beratung im FA	einvernehmlich
3.4.	Produkte Amt 67 "Natur- und Landschaftsschutz"		
4.	Anregung nach § 21 KrO NRW - Wöchentliche Biotonnen-Leerung auch im Herbst für Gartenabfälle und Laub – Antrag des SkB Schön (Die LINKE) auf je eine zusätzliche Abfuhr der Biotonne in den Monaten Oktober und November	UA 58/10 Empfehlung an KA UA 59/10 Ablehnung des Antrags	MB ./ LINKE, Seite 10 MB ./ LINKE, Seite 10
5.	Mitteilungen und Anfragen		
5.1.	Bundesförderprojekt Chance 7	Kenntnisnahme	
5.2.	Antwort des BMELV vom 28.01.2013 bzgl. Anpassung der Sperrfrist nach Düngeverordnung	Kenntnisnahme	

5.3.	Gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung des Rhein-Sieg-Kreises	Kenntnisnahme	
5.4	Verschiedenes	Kenntnisnahme	
	Nichtöffentlicher Teil		
6.	Mitteilungen und Anfragen		

Niederschrift

über die in der 17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz des Rhein-Sieg-Kreises am 20.02.2013 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:15 Uhr
Ort der Sitzung: Raum Sieg
Datum der Einladung: 08.02.2013
Einladungsnachtrag vom: ---

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Oliver Baron
 Frau Renate Becker-Steinhauer
 Herr Norbert Chauvistré
 Frau Brigitte Donie
 Frau Hildegard Helmes
 Frau Sigrid Leittersdorf in Vertretung für SkB Alwin Müller
 Herr Karl Schmitz in Vertretung für Abg. Michael Söllheim
 Herr Alfons Weißenfels

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Gerhard Diekmann in Vertretung für SkB Claus Müller
 Herr Jürgen Kusserow
 Herr Jürgen Schulz
 Frau Susanne Sicher

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Lisa Anschütz
 Frau Edith Geske

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Klaus-Peter Smielick

Kreistagsabgeordnete Bürger für Meckenheim

Herr Hermann-Josef Nöthen

Kreistagsabgeordnete Volksabstimmung

Herr Dr. Ing. Helmut Fleck

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Hanns Christian Wagner

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Ulrich Knab in Vertretung für Abg. Werner Albrecht

Sachkundige Bürger/innen GRÜNE

Herr Ralf Langer

17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 20.02.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundige Bürger/innen FDP

Herr Dr. Volker Boehm

Sachkundige Bürger/innen DIE LINKE

Herr Raymund Schön

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Werner Albrecht

Herr Michael Söllheim

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Alwin Müller

Unentschuldigt fehlten: ---

Gäste: ---

Vertreter/Innen der Verwaltung:

Dezernent Schwarz

KVD Zimmermann

KVOR Dahm

KVR Kerper

KBOR Kötterheinrich

TA Glosch

KOI Steeger (Schriftführerin)

17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 20.02.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten		
---	--	--

Der Vorsitzende Abg. Smielick eröffnete die 17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz und begrüßte die Anwesenden. Er nahm Bezug auf die Einladung vom 08.02.2013 sowie die Nachsendung vom 13.02.2013. Er wies dabei auf den inhaltlichen Fehler hin, dass es unter TOP 3.1 nicht „Produkte Amt 32 Ordnungs- und Polizeiverwaltung“ sondern „Produkte Amt 38 Bevölkerungsschutz“ heißen müsse.

Sodann stellte er fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei.

1	Niederschrift über die 16. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 10.12.2012	
---	---	--

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor. Die Niederschrift gilt somit als anerkannt.

2	Umsetzung der Rettungsdienstbedarfsplanung für den Rhein-Sieg-Kreis hier: Sachstandsbericht	
---	--	--

KVOR Dahm legte hierzu einen umfassenden Bericht vor. Derzeit stünden weit über 30 Maßnahmen und Projekte an, wodurch die Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes einer Neuaufstellung gleichkomme. Zunächst müssten die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu sei eine Projektgruppe bestehend aus Mitarbeitern des Fachamtes, des Amtes für Organisation und Zentrale Steuerungsunterstützung, der Abteilungen Zentrale Gebäudewirtschaft und Zentrale Vergabestelle sowie des Rechtsamtes gebildet worden. Nach einer Auftaktveranstaltung am 10.07.2012 gebe es regelmäßige Arbeitstreffen. Zur fachplanerischen Unterstützung sei das Planungsbüro Forplan Dr. Schmiedel aus Bonn beauftragt worden. Derzeit werde ein geeignetes Anwaltsbüro zur Begleitung der speziellen ausschreibungsrechtlichen Thematik gesucht. Ferner erfolge die Rekrutierung der erforderlichen personellen Ressourcen. So solle im Fachamt eine Koordinatorin für die anstehenden Maßnahmen und Projekte für 3 Jahre befristet tätig werden. Bei der Abteilung Zentrale Gebäudewirtschaft sei die externe Ausschreibung einer zeitlich befristeten Architektenstelle noch nicht abgeschlossen. Auch die Zentrale Vergabestelle sowie das Rechtsamt hätten zusätzlichen personellen Bedarf angemeldet. Die Finanzierung des Personalbedarfes erfolge aus Projektmitteln des Topfes „Rettungsgebühren“.

KVOR Dahm berichtete weiter über Veränderungen der Rettungsmittelvorhaltungen. So sei in der Wochenendwache des Malteser Hilfsdienstes in Lohmar die zeitliche Präsenz auf den Zeitraum Freitag- bis Sonntagabend erweitert worden. In Eitorf sei ein zweiter Rettungstransportwagen, in Bornheim ein zweiter Krankentransportwagen in Betrieb genommen worden. Die Auftragsvergaben zur Beschaffung zusätzlicher Rettungstransportwagen seien zwischenzeitlich vom Bau- und Vergabeausschuss genehmigt worden.

Es erfolge die Vorbereitung der Ausschreibung rettungsdienstlicher Leistungen unter fachlicher und rechtlicher Begleitung. Ferner sei die Erarbeitung eines Standortkonzeptes und eines Ausschreibungskonzeptes in Vorbereitung.

KVOR Dahm stellte die aktuellen Bauprojekte der kreiseigenen Rettungswachen vor. Die Raumplanungsverfahren seien für alle Projekte abgeschlossen. Für das Bauvor-

haben einer neuen Rettungswache in Bornheim hätten sich zwei Standorte (Hellenkreuz und Uedorfer Weg) ergeben, die die rettungsdienstlichen Vorgaben erfüllten. Derzeit erfolge eine Prüfung gemeinsam mit der Stadt Bornheim, in welchem Zeitfenster die Realisierung erfolgen könne. Als Übergangslösung sei die Aufstellung von Containern in der Nähe des Rathauses voraussichtlich im Sommer 2013 vorgesehen. Bezüglich der Notarztstellung würden derzeit Gespräche mit infrage kommenden Krankenhäusern geführt.

Zur Rettungswache Much führte KVOR Dahm aus, dass als Übergangslösung die Aufstellung von Containern auf dem Gelände des Bauhofes in der Zanderstraße in Much erfolgen solle. Eine Interimsvergabe für 12, maximal 15 Monate solle an die Krankentransportgesellschaft erfolgen. Die Realisierung sei für Mai 2013 vorgesehen. Eine endgültige Lösung sei noch nicht möglich, da die Grundstücksverhandlungen noch nicht abgeschlossen seien.

Zur Rettungswache Ruppichteroth sei die Standortfrage noch nicht abschließend geklärt. Dieses Verfahren stehe in engem Zusammenhang mit der Standortfrage der Rettungswache Much. Erst wenn die Rettungswache Much neu installiert sei, könne die Rettungswache Ruppichteroth verlegt werden, da bisher der Bereich Much von Ruppichteroth mit abgedeckt werde.

Bezüglich der Rettungswache Pohlhausen würden derzeit verschiedene Sanierungsvarianten geprüft. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass ein Teil des Gebäudes im Eigentum der Johanniter-Unfall-Hilfe stünde. Die Umbauzeit werde mit einer Dauer bis zu zwei Jahren veranschlagt.

Zu den kommunalen Rettungswachen erläuterte KVOR Dahm, dass in Hennef derzeit die Standortfrage auf dem Hossenberg noch nicht abschließend geklärt sei.

In Troisdorf müsse das Feuerwehrgebäude auf dem ehemaligen Betriebsgelände der Dynamit Nobel AG umgebaut werden, um zwei Rettungstransportwagen unterbringen zu können.

Die Stadt Königswinter stünde vor der Entscheidung, ob sie den Rettungsdienst behalte oder an den Kreis abgebe. Unabhängig davon sei die Erweiterung der Rettungswache Ittenbach unumgänglich.

SkB Dr. Boehm erkundigte sich, ob man kurzfristig ohne eine Erhöhung der Gebühren auskommen könne. KVOR Dahm bestätigte dies sowie eine voraussichtliche Senkung der Gebühren.

Vorsitzender Abg. Smielick stellte zur Rettungswache Ruppichteroth die Frage, wann spätestens mit dem Bau begonnen werden könne.

KVOR Dahm stellte hierzu klar, dass die Aussage, dass kein Zeitproblem bestünde, rettungsspezifisch getätigt worden sei. Er verwies nochmals auf den Zusammenhang zwischen den Rettungswachen Much und Ruppichteroth. Da Ruppichteroth die Gemeinde Much rettungstechnisch mit abdecke, müsse zur Gewährleistung der Hilfsfristen der Rettungstransportwagen in Ruppichteroth am derzeitigen Standort abfahren. Erst wenn in Much eine eigene Rettungswache installiert sei, könne die Verlegung der Rettungswache Ruppichteroth in den Gemeindeteil Schönenberg erfolgen.

Abg. Dr. Fleck fragte nach den Standorten Siegburg, Eitorf und Windeck. KVOR Dahm antwortete hierauf, dass die rettungsdienstliche Versorgung in Siegburg derzeit keine Maßnahmen erfordere. Zu Eitorf und Windeck führte er an, dass auch hier die rettungsdienstliche Versorgung ausreichend sei, da es in beiden Gemeinden eine Rettungswache gebe.

17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 20.02.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

SkB Langer erkundigt sich nach der Notarztstellung in Eitorf, da es einen neuen Träger des Krankenhauses gebe.

KVOR Dahm wies darauf hin, dass ein engmaschiger Kontakt zu den Notarztgruppen der Krankenhäuser bestehe. Mit dem neuen Betreiber sei man im Gespräch. Rettungsdienstlich ergebe sich durch den Trägerwechsel kein Handlungsbedarf. Die Zusammenarbeit sei gut.

Abg. Nöthen fragt nach, ob es für die an das Stadtgebiet Bonn angrenzenden Gemeinden eine rettungsdienstliche Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn geben würde. Hierzu erklärte KVOR Dahm, dass auswärtige Rettungsdienste durchaus in den Grenzgebieten tätig würden, so z. B. auch im nördlichen Gebiet der Stadt Lohmar. Mit der Stadt Bonn gebe es überdies eine enge rettungsdienstliche Zusammenarbeit.

3	Haushaltsplanentwurf 2013 / 2014	
---	----------------------------------	--

Vorsitzender Abg. Smielick wies auf die folgenden Unterpunkte hin und eröffnete die Diskussion.

3.1	Produkte Amt 32 "Ordnungs- und Polizeiverwaltung"	
-----	---	--

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

3.2	Produkte Amt 39 "Veterinär- und Lebensmittelüberwachung"	
-----	--	--

Abg. Schulz stellte die Frage, ob nach der Bildung des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes Rheinland andere Kosten entstanden bzw. ob die Kosten der Lebensmittelüberwachung gestiegen seien. Ferner fragte er nach, ob sich die Verwaltung im Zuge des aktuellen Pferdefleischskandals derzeit in der Lage sehe, mit dem vorhandenen Personal ausreichende Stichproben durchzuführen.

Dezernent Schwarz bat darum, die Beantwortung dieser Fragen zu Protokoll geben zu dürfen, da kein Vertreter des Veterinäramtes bei der Sitzung anwesend sei. Abg. Schulz erklärte sich damit einverstanden.

SkB Schön fragte nach, wie viele Proben mit der vorhandenen Personalkapazität durchgeführt werden könnten. Auch er erklärte sich mit einer Beantwortung zu Protokoll einverstanden.

(Anmerkung der Verwaltung: Die Beantwortung der Anfrage wird nachgereicht.)

3.3	Produkte Amt 66 "Technischer Umweltschutz"	
3.3.1	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.01.2013: Haushalt 2013/14; hier: Produkt Klimaschutz	
3.3.2	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.02.2013: Vollständige Energieautarkie des Kreises bis 2050	

Vorsitzender Abg. Smielick verwies hierzu auf die beiden Anträge der SPD-Kreistagsfraktion.

17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 20.02.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Anmerkung der Schriftführerin:

Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird die nachfolgende Diskussion zu den Tagesordnungspunkten 3.3.1 und 3.3.2 zusammengefasst.

Zu TOP 3.3.1 erklärte Abg. Schulz, dass der Antrag für sich spreche und er darum bitte, so zu verfahren.

SkB Dr. Boehm regte an, die beiden Anträge zusammen zu behandeln, da sie sehr eng zusammenhingen.

Abg. Geske bat für diesen Fall darum, TOP 3.3.2 zu vertagen, da sie noch Beratungsbedarf in der Fraktion sehe.

Abg. Schulz erklärte sich damit einverstanden.

SkB Dr. Boehm stellte zu Tagesordnungspunkt 3.3.2 folgende Fragen:

- Wie stehe die Verwaltung zu dem Antrag der SPD vom 01.02.2013?
- Was werde vom Rhein-Sieg-Kreis bereits erledigt?
- Was erfolge durch die Gemeinden, die auch eigene Klimaschutzkonzepte erarbeiteten?

Abg. Schulz vertrat die Meinung, dass die Verwaltung diese Fragen bis zur nächsten Behandlung beantworten könne.

SkB Dr. Boehm erklärte sich damit einverstanden.

Abg. Diekmann wies SkB Dr. Boehm darauf hin, dass seine Fragen als Handlungsanregung Nr. 1 (siehe S. 9 der Einladung vom 08.02.2013) enthalten seien.

Dezernent Schwarz gab zu bedenken, dass es sich um einen Antrag handle, der ggf. eine politische Schwerpunktsetzung erfordere. Ein Teil der Dinge, die im SPD-Antrag angesprochen würden, seien schon Gegenstand der Arbeit der Verwaltung. Er befürworte zunächst eine politische Diskussion im Ausschuss, bevor die Verwaltung ausführlich dazu Stellung nehme.

Abg. Schulz stimmte dem zu.

Vorsitzender Abg. Smielick stellte fest, dass die antragstellende Fraktion damit einverstanden sei, dass TOP 3.3.2 zur Behandlung im Finanzausschuss am 05.03.2013 vertagt werde.

Dezernent Schwarz fragte nach, ob TOP 3.3.1 damit auch gemeint sei. Abg. Diekmann und Abg. Schulz erklärten, dass dies für beide Tagesordnungspunkte gelte.

3.4	Produkte Amt 67 "Natur- und Landschaftsschutz"	
-----	--	--

Abg. Wagner fragte nach, ob die Mittelsumme für den begleitenden Landschaftsplan „Sieg mündung“ insgesamt erforderlich sei, da ein großer Teil der kostenintensiven Zuarbeit durch den Regierungspräsidenten selbst zu leisten sei. Ferner stellte er die Frage, ob die Verteilung der Kosten mit Schwerpunkt auf das Jahr 2013 noch realistisch sei.

17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 20.02.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

KVD Zimmermann führte dazu aus, dass man zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung von einem Abschluss des Planungsverfahrens bis Ende 2012 ausgegangen sei. Da das Planungsverfahren aber voraussichtlich erst Mitte diesen Jahres abgeschlossen werden könne, sei der Haushaltsansatz sicherlich zu kürzen, z. B. auf 20.000 € Er bestätigte, dass der Rhein-Sieg-Kreis sich an Verfahren des Regierungspräsidiums anhängen wolle, so dass die Hauptarbeit an Kartierung und Gutachtertätigkeit von dort zu erbringen sei. Dadurch wären die Aufwendungen für die Fortschreibung dieses Landschaftsplanes nicht so hoch wie üblich.

Abg. Wagner bat um eine Einschätzung der Kosten.

Dezernent Schwarz schlug vor, eine Aktualisierung der Ansätze in die Veränderungsliste für den Finanzausschuss aufzunehmen. Seiner Einschätzung nach sei mit ungefähr der Hälfte der bislang angesetzten Kosten auszukommen.

Vorsitzender Abg. Smielick stellte fest, dass über die Veränderung des Haushaltsansatzes für die Fortschreibung des Landschaftsplanes „Siegmündung“ der Finanzausschuss zu entscheiden habe.

(Anmerkung der Verwaltung: Die Aktualisierung der Ansätze wurde in die Veränderungsliste für den Finanzausschuss aufgenommen.)

4	Anregung nach § 21 KrO NRW - Wöchentliche Biotonnen-Leerung auch im Herbst für Gartenabfälle und Laub	
---	---	--

Vorsitzender Abg. Smielick wies auf die Vorlage hin.

SkB Dr. Fleck monierte, dass die Vorlage nicht dem Bürgerantrag entspräche, da dieser sich auf den Zeitraum Mitte Oktober bis Ende November beschränke. Es fielen definitiv ab dem ersten Frost mehr Gartenabfälle durch Laub, Blumen, Gemüse usw. an. Auch die Berechnung der Mehrkosten halte er nicht für nachvollziehbar, schließlich handele es sich lediglich um 2 oder 3 zusätzliche Leerungen im Herbst.

SkB Schön erklärte das Anliegen des Bürgerantrages für nachvollziehbar. Er wies auf die Problematik des wilden Biomülls hin. Zur Verbesserung der Situation halte er eine erhöhte Abfuhr für notwendig. Bezüglich der Berechnung fehle ihm ein aussagekräftiges Mengengerüst.

SkB Dr. Boehm befürwortete den Beschlussvorschlag. Eine erhöhte Abfuhr im Sommer erfolge aus hygienischen Gründen, die im Herbst nicht vorhanden seien. Er schlug vor, dass die betroffenen Bürger sich eine kleine Kompostanlage anschaffen könnten, um zusätzliche Gartenabfälle zu beseitigen. Indes halte er es für sinnvoller, die 14tägige Abfuhr des Restmülls abzuschaffen.

Abg. Geske bezweifelte, dass das Problem des wilden Biomülls mit einer erhöhten Abfuhr beseitigt werden könne. Sie wies darauf hin, dass die mit einer Erhöhung der Abfuhrdichte einhergehende Kostensteigerung schließlich auch die vielen Bürger betreffe, bei denen nicht so viel Biomüll anfalle. Sie folge daher dem Beschlusssentwurf.

17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 20.02.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Dezernent Schwarz merkte zum Thema Restmülltonne an, dass hierzu eine Bürgeranregung vom 28.01.2013 vorliege. Darin werde die Abschaffung der Restmülltonne angeregt. Mit dem Bürger sei vereinbart worden, diese Anregung in der letzten Sitzung des Jahres zu behandeln, da dann die Satzung für das Jahr 2014 mit entsprechenden Erfahrungswerten aus 2013 beraten werde.

Zum Thema Biotonne führte er aus, dass eine Gebührenerhöhung von allen Gebührenpflichtigen getragen werden müsse. Daher sei eine genaue Abwägung erforderlich. Es sei schon ein Kompromiss eingegangen worden, indem aus hygienischen Gründen die wöchentliche Abfuhr der Biotonne in den Sommermonaten erfolge.

Dezernent Schwarz wies darauf hin, dass nach Auskunft der RSAG derzeit der gesamte Bio-Abfall abgefahren werde, entweder in Form einer Biotonne oder in Pappkartons bzw. Beistellsäcken. Ein Mehrbedarf könne abgedeckt werden, indem sich die betroffenen Bürger einen Beistellsack besorgten. Dies sei günstiger, als die Gebühr generell für alle zu erhöhen.

Abg. Anschütz folgte den Ausführungen des Dezernenten Schwarz und wies auf die gute Abfuhrdichte hin. Laub könne gelagert werden, dann werde es weniger und könnte im Dezember in der Biotonne entsorgt werden. Laub sei auch ein wertvoller Schutz für Bäume und Tiere; einen Teil davon liegen zu lassen wäre aktiver Umweltschutz und es müsste nicht noch mehr Geld ausgegeben werden.

SkB Schön forderte ein vernünftiges Mengengerüst und eine erneute Beratung.

Vorsitzender Abg. Smielick stellte fest, dass der Ausschuss diesem Vorschlag nicht folgt.

Sodann erfolgte die Abstimmung.

**B.-Nr.
UA 58/10** **Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Kreisausschuss zu beschließen, der Anregung nicht zu folgen und auf wöchentliche Leerungen der Biotonnen in den Herbstmonaten zu verzichten.**

**Abst.-
Erg.:** **Mehrheitsbeschluss bei einer Gegenstimme (Die Linke)**

Hiernach stellte SkB Schön einen Antrag auf je eine zusätzliche Leerung der Biotonne in den Monaten Oktober und November. Sodann erfolgte die Abstimmung über diesen Antrag.

**B.-Nr.
UA 59/10** **Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Kreisausschuss zu beschließen, den Antrag des SkB Schön auf eine zusätzliche Abfuhr der Biotonne in den Monaten Oktober und November abzulehnen.**

**Abst.-
Erg.:** **Mehrheitsbeschluss bei einer Gegenstimme (Die Linke)**

5	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Vorsitzender Abg. Smielick wies auf die nachfolgenden Unterpunkte hin.

17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 20.02.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

5.1	Bundesförderprojekt Chance 7	
-----	------------------------------	--

Vorsitzender Abg. Smielick wies auf die Vorlage und die Bedeutung des Projektes hin.

Dezernent Schwarz erläuterte, dass eine ausführliche Berichterstattung in der gemeinsamen Sitzung mit der Stadt Bonn am 16.04.2013 erfolge.

SkB Dr. Boehm fragte nach, um welche Falschinformationen es sich denn handle, durch die die Gemeinde Eitorf Vorbehalte gegen das Projekt hege.

Dezernent Schwarz nannte hierzu z. B. die Sorge, dass zwangsweise Flurbereinigung mit Kostenbeiträgen und Enteignung stattfinde, was jedoch jeglicher Grundlage entbehre.

SkB Dr. Boehm bedankte sich bei Dezernent Schwarz für die Verfahrensweise, dass der Gemeinde Eitorf die Tür offengelassen werde.

Hiernach stellte SkB Langer einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er beantragte, die Debatte zu diesem Thema zu beenden, da es sich um eine Mitteilung handle.

Vorsitzender Abg. Smielick rief daher zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf.

Der Ausschuss entschied die Beendigung der Debatte über die Mitteilungsvorlage zum Thema Bundesförderprojekt Chance 7 mehrheitlich mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung (beide FDP).

5.2	Antwort des BMELV vom 28.01.2013 bzgl. Anpassung der Sperrfrist nach Düngeverordnung	
-----	--	--

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.

5.3	Gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung des Rhein-Sieg-Kreises	
-----	--	--

Abg. Wagner stellte die Frage, ob eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung zweckmäßig sei.

Dezernent Schwarz erläuterte hierzu, dass es sich in erster Linie um eine Ortsbesichtigung auf dem Metabolon-Gelände handle. Da dort auch das Thema Energieberatung verortet sei, sei die Anregung erfolgt, gemeinsam mit den Mitgliedern des Umweltausschusses dorthin zu fahren. Er wies darauf hin, dass der Aufsichtsrat der RSAG das Metabolon-Gelände bereits besichtigt habe. Wer dennoch mitfahren wolle, könne sich sicherlich den Mitgliedern des Ausschusses für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung anschließen.

5.4	Verschiedenes	
-----	---------------	--

Vorsitzender Abg. Smielick fragte nach sonstigen Mitteilungen und Anfragen.

17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 20.02.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

SkB Schön erkundigte sich nach der Niederschrift aus der letzten gemeinsamen Sitzung mit der Stadt Bonn. Dezernent Schwarz sagte zu, diesbezüglich bei der Stadt Bonn nochmals nachzufragen.

Abg. Geske bat darum, bei Kopien der Präsentationen für die Niederschrift die letzte Seite mit der Aufschrift „Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit“ zukünftig nicht mehr zu kopieren. Dezernent Schwarz sagte dies zu.

Abg. Sicher wies darauf hin, dass es am Westrand des Rhein-Sieg-Kreises Probleme im Hinblick auf Massentierhaltungen gebe. Eine Bürgerinitiative hätte unter anderem den Landrat bereits zu diesem Thema angeschrieben. Sie fragte nach, ob die Verwaltung dazu schon eine Antwort vorbereitet habe.

Dezernent Schwarz teilte hierzu mit, dass die Antwort in Bearbeitung sei. Er erläuterte, dass westlich der Gemeinde Swisttal im Grenzgebiet zum Kreis Euskirchen solche Vorhaben stattfänden, für deren Genehmigung der Kreis Euskirchen zuständig sei. Er wies auf grundsätzliche Probleme hin, die der RSK als Vollzugsbehörde nicht lösen könne, da es sich mehr um rechtliche Probleme handele. Intensivtierhaltungsanlagen ähnelten zwar eher Gewerbetrieben, würden aber als landwirtschaftliche Betriebe behandelt. Es gebe daher wenig Handhabe, gegen diese Betriebe tätig zu werden, da immissionsschutzrechtlich schwer gegen sie anzugehen sei.

Dezernent Schwarz schlug vor, das Antwortschreiben der Niederschrift als Anlage beizufügen.

(Anmerkung der Verwaltung: Das Antwortschreiben ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.)

Dezernent Schwarz teilte mit, dass zum Thema Gewässerentwicklung „Untere Sieg“, bezüglich des Planfeststellungsverfahrens der Bezirksregierung - welches voraussichtlich vor den Sommerferien eingeleitet werden solle - eine Arbeitsgruppe gebildet werden solle. Diese soll vor der Sommerpause in einem ersten Treffen über das Planfeststellungsverfahren beraten. Er wies darauf hin, dass es sich nicht zwingend um Mitglieder des Umweltausschusses handeln müsse, es aber sinnvoll sei, Mitglieder des Kreistages zu benennen. Abg. Schulz schlug vor, die Fraktionen in einem offiziellen Anschreiben um die Abordnung einiger Mitglieder zu bitten.

(Anmerkung der Verwaltung: Das Schreiben an die Fraktionen wird in Kürze versandt.)

SkB Schön bat für die nächste Sitzung um einen Zwischenstandsbericht zum Thema Windenergie sowie um Mitteilung, auf welchem Entwicklungsstand sich das Thema Blockheizkraftwerke befinde. Dezernent Schwarz sagte dies für die übernächste Sitzung am 18.07.2013 zu.

Ende des öffentlichen Teils

17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 20.02.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Nichtöffentlicher Teil

6	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.

Hiernach schloss der Vorsitzende Abg. Smielick die Sitzung.

Vorsitzender

Schriftführerin